

derStandard.at › International › Europa › Kosovo

Ex-UNO-Vertreter erhebt Vorwürfe gegen Kontaktgruppe

04. Jänner 2011, 11:53

USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien müssten laut Gallucci Organhandel-Vorwürfe gekannt haben

Belgrad - Ein ehemaliger UNO-Vertreter im Norden des Kosovo hat schwere Vorwürfe gegen fünf Mitgliedstaaten der Kontaktgruppe erhoben. Die USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien hätten mit ziemlicher Sicherheit gewusst, was im Bericht des Europarat-Sonderberichterstatters Dick Marty zum Organhandel nach dem Kosovo-Krieg (1998-99) angegeben wird, weil sie Informationen, Mittel sowie eine lange Geschichte der Zusammenarbeit mit der (albanischen, Anm.) "Befreiungsarmee des Kosovo" (UCK) gehabt hätten, erklärte Gerard Gallucci gegenüber der Tageszeitung "Politika" am Dienstag.

Der ehemalige US-Diplomat war zwischen 2005 und 2008 als UNO-Vertreter in dem mehrheitlich von Serben bewohnten Nordkosovo tätig. Ein weiteres Mitglied der Kosovo-Kontaktgruppe ist Russland.

Internationale Funktionäre schauen weg

"Ungeachtet dessen, was die Wahrheit über den Organhandel ist, wissen alle, dass sich die Frage der Verwicklung von (kosovarischen, Anm.) Spitzenfunktionären in die internationale Kriminalität und Korruption stellt. (...)

Internationale Funktionäre haben das Problem unbeachtet gelassen, um die (Kosovo-)Albaner nicht zu irritieren", meinte Galluci gegenüber der Belgrader Zeitung. Nach seinen Angaben sei es "allgemein bekannt, dass die Albaner mit ihren Bestrebungen nach "Groß-Albanien" häufig eine Drohung für die regionale Stabilität darstellten, bis sie ihren Weg im Kosovo erhalten haben". Prishtina (Pristina) hatte im Februar 2008 einseitig seine Unabhängigkeit von Belgrad ausgerufen und wurde bis dato von rund 70 Staaten anerkannt. Eine Umfrage von "Gallup Balkan Monitor" legte im November an den Tag, dass sogar 80 Prozent der Kosovo-Albaner ein "Groß-Albanien" unterstützen würden.

Der ehemalige UNO-Vertreter zeigte sich dem Belgrader Blatt gegenüber überzeugt, dass der aktuelle kosovarische Premier Hashim Thaci trotz Vorwürfen Martys als Regierungschef "überleben" wird, damit man "Unruhen vermeidet". Der Europarat-Sonderberichterstatter hatte in seinem Mitte Dezember veröffentlichten Bericht den derzeitigen Premier Thaci als Chef einer kriminellen Gruppe identifiziert, die nach dem Kosovo-Krieg unter anderem auch in den Organhandel verwickelt war. (APA)

© derStandard.at GmbH 2011 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus
ist nicht gestattet.